

10. Oktober 2005

Frankfurter Erklärung

Die überwältigende Zustimmung, welche unsere „Fünf Einsprüche gegen die technokratische Umsteuerung des Bildungswesens: Das Bildungswesen ist kein Wirtschaftsbetrieb“ [www.uni-frankfurt.de/fb/fb04/einsprueche/index.html] erfahren haben, resultiert nicht zuletzt aus Erfahrungen, die in Schule und Hochschule mit der Umsteuerung bereits zu machen waren. Vielfach verdeckt diese Umstellung durch erpressten Reformismus die bestehenden Strukturprobleme und hält nicht, was sie zur Lösung der Probleme verspricht, ja sie macht vieles statt besser nur noch schlechter. Mit dieser „Frankfurter Erklärung“ wollen wir Hinweise geben, was vordringlich geschehen sollte, damit die unerwünschten Effekte der technokratischen Revolution korrigiert werden können.

(1) Der notwendige Reformprozess muss wieder als Entwicklung und Durchführung von Alternativen verstanden werden. Die Politik sollte sich verabschieden von einer drohend ins Feld geführten Alternativlosigkeit der angeordneten Maßnahmen. Diese ist fingiert und dient allein zur Einschüchterung und Erzwingung.

(2) Es sind Finanzierungswege zu entwickeln, welche die Bildungssysteme durch eine angemessene Grundausstattung in die Lage versetzen, ihren gesellschaftlichen Auftrag zu erfüllen. Wir fordern eine Bildungspolitik, die das Versprechen auf allgemeine Bildung ernst nimmt und damit die Unterschiede im Förderbedarf respektiert. In diesem Sinne sind differenzierende „Gelegenheiten zum Lernen“ als Qualitätsmaßstäbe zu entwickeln und abzusichern. Die gegenwärtige Tendenz zur Standardisierung steht dieser Notwendigkeit entgegen.

(3) Zur Neujustierung der Debatte erachten wir es als notwendig, die permanente Selbstenthusiasmierung durch „Visionen“ und „Missionen“ aufzugeben, den Sprachnebel zu lichten, mit dem die gegenwärtige Situation verunklart, die Motive für angeordnete Veränderung kaschiert und Opportunismus das Feld eröffnet werden. Zurückzukehren ist zu einer bescheidenen und sachlich klaren Redeweise. Je realistischer die Herausforderungen beschrieben werden, desto größer wird die Bereitschaft der Akteure im Bildungswesen werden, sich wieder mit der Aufgabe und dem Veränderungsbedarf zu beschäftigen.

(4) Wir verlangen, daß die Reformversprechen mit eben den Maßstäben ökonomischer Rationalität bewertet werden, die sie als Kritik an den bestehenden Verhältnissen im Munde führen. Wir verlangen eine kritische Bilanz der bereits durchgeführten Maßnahmen und ihrer Gestehungs- und Folgekosten. Solche Analysen hätten auch den Verschleiß an Ressourcen und Motivation auszuweisen, den etwa Evaluationsmaßnahmen in Hochschulen, der Zwang zur Beteiligung an scheinrationalen Ausschreibungsverfahren oder eine ins Leere laufende, den schulischen Alltagsproblemen nicht hilfreiche Schulprogrammarbeit nach sich gezogen haben.

(5) Wir verlangen eine Abkehr von der Maßlosigkeit und Unaufrichtigkeit der Reformagenda. Mit ihr soll etwas Unmögliches bewirkt werden: Fast überall soll in weniger Zeit mit weniger Mitteln immer mehr bewirkt werden. Schulzeitverkürzung im Gymnasium [G 8] oder die Durchsetzung des BA-Abschlusses als Standard nach 6 Semestern eines Universitätsstudiums dienen eher der Haushaltsentlastung, tragen aber zur Qualitätsverbesserung oder zu einer gerechten Bildungsbeteiligung nichts bei.

(6) Die forcierte Verdichtung der Arbeit in allen Teilbereichen (Lehre, Beratung, Forschung, Selbstverwaltung, Gutachtertätigkeit und Evaluation) bei Absenkung der Tarifverträge führt am Ende nicht zu einer Verbesserung ihrer Ergebnisse, sondern zu Qualitätsverlust. Wer wesentliche Teile seiner Arbeitskraft in der Konkurrenz um Positionen auf einem „Markt“ verausgaben muß, der keiner ist und am Ende die große Mehrheit der Konkurrenten zu Verlierern und (Drittmittel-)Versagern stempelt, unterminiert das Vermögen der Akteure zu seriöser Bildung, zugewandter Erziehung und kontinuierlicher Forschung.

(7) Wir verlangen von der Bildungspolitik eine tatsächliche Stärkung der lokalen Selbstverantwortung der Schule und der Wissenschaft bei der Entwicklung und Durchführung ihrer pädagogischen und wissenschaftlichen Programme. Die Steuerung der Reorganisation von Schule und Hochschule und deren Forschungsvorhaben durch schnell wechselnde (Groß-)Programme der Projekt- und Forschungsförderung, verleitet zu Kurzatmigkeit und Opportunismus. Sie dient nicht dem disziplinären Erkenntnisfortschritt. Dies gilt analog auch für die Schulentwicklung.

(8) Die Arbeit in den Universitäten und Schulen wird zunehmend bestimmt durch eine Einschränkung der professionellen Verantwortung der Lehrenden. Mit ihnen werden Zielvereinbarungen geschlossen, und den Akteuren bleibt nur die eingeschränkte Wahl der Mittel, die ihnen letztlich vorgegebenen Ziele zu erreichen. Aufgaben in Erziehung, Bildung und Forschung sind jedoch nicht technologisch zu lösen. Wir verlangen deshalb die Anerkennung des professionellen Beurteilungsvermögens für Ziele und Situationen, die vorab unbekannt sind. Wir fordern ein Ende der Tendenz zu inhaltlicher und organisatorischer Standardisierungen (durch Modularisierung und Bildungsstandards), die jede kreative Arbeit im Einzelfall unmöglich machen muss.

(9) Wir verlangen eine klare Neujustierung der genuinen Aufgaben der verschiedenen Institutionen des Bildungswesens und eine dafür angemessene Ausstattung. Für die Universitäten bedeutet dies, dass sie wieder in Stand gesetzt werden müssen, sich auf Forschung, Lehre und Studium zu konzentrieren. Gegen alle Tendenzen zur „Verschulung“ müssen die Studierenden in die Lage versetzt werden, sich selbstgewählten Anforderungen der Bildung und Ausbildung durch Wissenschaft zu stellen und ihnen gerecht zu werden. Forschungsförderung darf nicht so geschehen, daß nur „Clusterbildung“ von Gruppen zählt und die Kraft der innovativen Einzelinitiative gelähmt wird. Hieran haben Evaluationskriterien anzusetzen. Jede andere Praxis schadet der Wissenschaft und höhlt das Ethos der akademischen Tätigkeit aus.

(10) Der Sinn der akademischen Vorbereitung auf den Lehrberuf besteht in einer Bildung im Medium der Wissenschaft. Darauf beruht das Ansehen der Personen und des Berufsstandes. Die Lehrerbildung enthält sowohl den Aspekt der Fachlichkeit als auch den der pädagogischen Tätigkeit. Sie läßt sich nicht verbessern, indem unter konstant schlechten Rahmenbedingungen gleichzeitig immer mehr fachliche, fachdidaktische und erziehungswissenschaftliche Kenntnisse, mehr Wissenschaftlichkeit und mehr Praxisanteile gefordert werden. Das haben die Evaluierungen der bestehenden Verhältnisse auch zur großen Betroffenheit der auftraggebenden Ministerien in allen Bundesländern schmerzlich bestätigt. Wir verlangen, dass daraus die angemessenen Schlussfolgerungen gezogen und die in Forschung, Lehre und Studium Verantwortlichen nicht länger zu einer Praxis gezwungen werden, die es schier unmöglich macht, die gesetzten Ziele zu erreichen.

Frankfurt am Main, den 10. Oktober 2005

Andreas Gruschka (Frankfurt/M.), Ulrich Herrmann (Tübingen), Frank-Olaf Radtke (Frankfurt/M.), Udo Rauin (Schwäb. Gmünd), Jörg Ruhloff (Wuppertal), Horst Rumpf (Frankfurt/M.), Michael Winkler (Jena)